

## Krisenentwicklung und Kriegsgefahr

Kreisvorstand DKP Köln

13. Mai 2014

Referat

Am 5. Oktober 2008 trat Angela Merkel vor die Presse und versprach, dass die Einlagen der Sparerinnen und Sparer sicher seien. Wörtlich: „Ich möchte gerne unterstreichen, dass wir in der Tat in der gemeinsamen Verantwortung, die wir in der Bundesregierung fühlen, dafür Sorge tragen wollen, dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland nicht befürchten müssen, einen Euro ihrer Einlagen zu verlieren.“

In jenen Tagen drohte den systemrelevanten Banken die Pleite. Angela Merkel befürchtete, dass die Weltwirtschaft in den Abgrund gerissen werde. Grund war, dass Bankkredite, die einige Jahre den Konsum hatten ankurbeln können, notleidend wurden und Banken krachten. Natürlich täuschte sie die Bevölkerung, denn es ging selbstverständlich nicht um die Sparerinnen und Sparer. Diese sollten vielmehr vom „Bank Run“ abgehalten werden, also davon, ihr Geld massenhaft abzuheben. Das kann schon in normalen Zeiten keine Bank aushalten, denn sie stehen ohnehin nur für einen kleinen Prozentsatz ihrer Einlagen gerade. Es war also eine Bankenrettung.

In der Folge wurden Bankenschulden vom Staat übernommen. Nach Beratung mit den wichtigsten und reichsten Bankiers des Landes nickten in aller Eile Bundestag und Bundesrat ein 480-Milliarden-Programm ab. Dieses Programm erhielt den schönen Namen Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Drei Tage später wurde es durch eine Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung ergänzt. Mit dieser Verordnung wurde die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) in die Welt gerufen. Sie verwaltete den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Es sind bis Ende 2010 – solange hatte Soffin diese Aufgabe – insgesamt 192,6 Mrd. Euro fällig geworden, allein 142 Mrd. Euro für die Hypo Real Estate (HRE).

Seit dem 1. Januar 2011 haben sich die Aufgaben der FMSA erweitert. Die Aufgaben und Instrumente des SoFFin wurden nach seiner Gründung deutlich ausgeweitet. Das im Sommer 2009 erweiterte Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung ermöglicht die Auslagerung von Schrott-Wertpapieren in Bad Banks unter dem Dach der FMSA. Die FMSA wird kontrolliert durch ein Gremium von neun Bundestagsabgeordneten, welches seine Tätigkeit geheim zu halten hat.

Auf diese Weise ist dafür gesorgt worden, dass das Bankensystem weitermachen konnte, als wäre nichts geschehen. Die Spekulation ging auf erweiterter Stufe weiter. Aus den Bankverlusten wurden Bankgewinne. Ich sagte damals (Oktober 2008): „Und die heutigen Gewinne der Banken sind die Spekulationen von morgen. Die Spekulation von morgen ist der Finanzmarktkollaps von übermorgen.“

Die Staatsverschuldung schwoll in der Folge der Rettungsschirme von 60% auf über 80% an. Zitat: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, Dietz Berlin 1987, S. 52) Den ausufernden Markt der Derivate indes kannten unsere Klassiker noch nicht.

Am 29. Mai 2009 änderte der Bundestag mehrere Artikel des Grundgesetzes, namentlich den Artikel 109. Hier wird die Schuldenbremse definiert. Die Änderungen traten im Jahr 2011 in Kraft. Bund und Länder sollen ihre Schulden mindern und zurückzahlen.

Genossinnen und Genossen, die nächste Krisenrunde wurde vor vier Jahren, im Mai 2010, eingeläutet. Es fing mit Griechenland an. Ihr erinnert Euch. Am 4. Mai hing an der Akropolis der Aufruf der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE): „Völker Europas - Erhebt euch!“ Die europäischen Finanzminister vereinbarten in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2010 einen Rettungsschirm. Dem vorausgegangen war die griechische Finanzkrise, die am 25. März 2010 zu einem Notfallplan geführt hatte, durch den Griechenland jeweils bilaterale Kreditgarantien der übrigen Euro-Staaten sowie des Internationalen Währungsfonds in Höhe von insgesamt 110 Milliarden Euro zugebilligt wurden. Ganz Griechenland war im Ausstand, nachdem IWF und EU für ihre Kredite große Opfer verlangt hatten. Allerdings stiegen schon kurz nach diesem Notfallplan die Zinsen für die wirtschaftlich schwächeren Länder wieder stark an, so dass neue Maßnahmen erforderlich waren.

Der europäische Rettungsschirm musste auf 750 Mrd Euro erhöht werden. Selbstverständlich ging nicht nur die griechische Wirtschaft durch diese Maßnahmen in den Keller. Die Schulden sanken nicht, sie stiegen. Im Griechenland betragen sie im Jahr 2013 175% des BIP gegenüber 105% im Jahr 2007. Italien 133% (104), Portugal 129% (68), Irland 124% (25), Spanien 94% (36).

Am 21. Juli 2011 wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) vereinbart und im Laufe des Jahres 2012 von den Parlamenten ratifiziert. Mitglieder des ESM sind die EU-Staaten, vertreten im Gouverneursrat, der ein Direktorium ernannt. Alle Handlungen im Namen des ESM sind vor Strafverfolgung geschützt, sie sind geheim, unterliegen keinerlei Kontrolle, die ESM-Funktionäre sind immun und können juristisch nicht zur Verantwortung gezogen werden. Durch die Zusammenlegung der Mittel von EFSF und ESM ergab sich ein Rettungsschirm von insgesamt 700 Milliarden Euro.

Wettbewerbskommissar Almunia stellte im Februar 2012 fest, dass allein von 2008 bis 2010 die 27 EU-Staaten mehr als 1 600 Milliarden Euro bzw. 13 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung für die Rettung von Banken ausgegeben haben.

Die Massenproteste vor allem im Süden Europas nehmen zwar zu. Und in der Tat dringen die Nachrichten darüber nur selten in unsere Medien. Aber die von den griechischen Genossen ausgerufenen Erhebung Europas lässt noch auf sich warten.

Am 6. September 2012 beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) die Modalitäten von Outright Monetary Transactions (OMT). Der Zweck: mittels OMT stehen unbegrenzt Gelder zur Verfügung, um Staatsanleihen überschuldeter Staaten anzukaufen. Wieder einmal werden Banken vor dem Bankrott bewahrt, selbstverständlich systemrelevante Banken, Stützen des kapitalistischen Systems.

Jetzt, Anfang April, versprach Draghi, Chef der EZB und ehemaliger Goldman-Sachs-Manager, ein weiteres Programm von 1 Billion, also 1000 Milliarden Euro - zumal sich auch die FED, die US-amerikanische Zentralbank, nicht lumpen lassen will. Sie erwägt, dieselbe Summe in Dollar aufzulegen.

Ohnedies beträgt nach der jüngsten Veröffentlichung von Eurostat (23. April 2014) die Summe der öffentlichen Schulden im Euroraum (ER 18) schon fast neun Billionen Euro: 8.890.375.000.000 €. Die Staatsschulden machen damit inzwischen 92,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Eurozone, also der Länder mit Eurowährung. Das sind fast zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, damals 90,7%. Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007 erhöhten sich die Schulden im Euroraum um fast drei Billionen oder knapp 50 Prozent (48,3%).

Die Krise ist keineswegs durchgestanden. Der Zustand der Überakkumulation, in dem sich die Weltwirtschaft seit Jahren befindet und der durch den Ausbruch der Finanzkrise offen zutage getreten ist, dauert unverändert an, just weil die Finanzinstitute weltweit durch die Geldpolitik der Notenbanken gestützt werden. Die Finanzvermögen wurden auf Kosten der Lohnabhängigen immer wieder vor der Entwertung gerettet. Die jetzt schon monströse

Dominanz und Überproportionalität des Finanzsektors verhindert den fälligen, der kapitalistischen Krise üblicherweise folgenden Wiederaufschwung. Wir haben es allenfalls mit einer Zwischenerholung zu tun. Selbstverständlich gibt es warnende Stimmen. Was ist die Gefahr von derartigen Unsummen fiktiven Kapitals? Erfahrungsgemäß bilden sich Kreditblasen, die aus geringem und zufälligem Anlaß platzen und den oben von Merkel genannten Abgrund öffnen.

Im Jahre 2008 wurde auf dem Rücken der arbeitenden Menschen vermieden, dass die Weltwirtschaft zusammenkrachte. Mittlerweile haben sich die Probleme und Größenordnungen vervielfacht. Den immer weiter wachsenden Widerspruch von Produktivität und Konsumtion, gewaltiger Massen von Kapital auf der einen Seite und tatsächlicher Produktion auf der anderen Seite zu lösen, erfordert erhebliche Schuldenschnitte. Es gibt aber keine gesellschaftliche Instanz unter den Bedingungen imperialistischer Konkurrenz, die diesen Vorgang vereinbaren und realisieren könnte.

Das ist der politökonomische Hintergrund der gegenwärtig akuten Kriegsgefahr. Ein Krieg wäre nicht einfach nur die Folge imperialistischer Konkurrenz bezüglich einer Ausdehnung von Märkten und der Ausbeutung von Rohstoffen. Sonst könnte er womöglich nach einer durch die beteiligten Mächte kontrollierten und einvernehmlichen Korrektur der Einflusszonen enden. Stattdessen droht die Barbarei, die vollständige Zersetzung sozialer Gefüge und als Begleiterscheinung von Kapitalentwertung die Vernichtung von Leben. Angesichts der weltweit aufgehäuften militärischen Vernichtungskapazitäten ist die Zeitreise in vorgeschichtliche Zustände der Menschheit aus Anlass und als Resultat spontaner Entwertung großer Massen fiktiven Kapitals zu befürchten.

Wem das womöglich zu esoterisch klingt, dem sei gesagt, dass nicht nur die großen Rüstungskonzerne ein unmittelbares ökonomisches Interesse am Krieg haben. Rechtskeynesianische Politik hat ebenfalls ein Interesse an einem solchen Krisenmanagement. Der US-amerikanische Präsident Eisenhower warnte bei seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vor dem militärisch-industriellen Komplex. Der hat seitdem nicht an Einfluss verloren. Immerhin stellt die Rüstungsindustrie ihre Waffen nur zu einem geringen Teil für einen Markt her, die teuersten Geräte entstehen als krisenresistente Staatsaufträge. Es gibt Söldnerheere, die immer neue Beschäftigungsfelder suchen und finden. Neulich ging eine Meldung durch die Blätter, daß Blackwater und andere Söldnerfirmen in der Ukraine tätig sind.

Angesichts der wachsenden Zahl von Kriegsanlässen liegt ein solcher Blickwinkel nahe.

- Immer wieder flammt der Streit um nordkoreanische Atomraketen auf, begleitet von der entsprechenden Kriegshetze gegen Nordkorea.
- Im November 2013 schickten die USA ohne Vorankündigung zwei schwere Bomber zu einer zwischen China und Japan strittigen Inselregion im ostchinesischen Meer.
- Im August drohte ein Angriff auf Syrien, als die USA die Assad-Regierung für einen Giftgaseinsatz verantwortlich machte.
- Ein syrisches Kampfflugzeug wurde am 23. März von der türkischen Luftwaffe abgeschossen und stürzte bei Kasab ab, nachdem dieser armenisch besiedelte Ort zwei Tage vorher durch Islamisten unter Beschuss genommen worden war und 2000 Bewohner hatten fliehen müssen.

Die Ukraine ist kein armes Land. Allerdings sind die meisten Bewohner des Landes arm, weil nach dem Zusammenbruch des Sozialismus auch der Reichtum dieser früheren Sowjetrepublik in die Hände von Oligarchen geriet. Dass sie sich politische Parteien halten und mittels dieser Parteien ihre Konkurrenzkämpfe ausfechten, macht die Lage nicht übersichtlicher. Sie bietet dem westlichen Kapital viel Gelegenheit, seinen Einflussbereich auszudehnen. Es hat sich herumgesprochen, dass dabei US-Banken und -Konzerne mit solchen der EU konkurrieren. (Wir erinnern uns: US-Europabeauftragte Victoria Nuland im

Gepräch mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyat: „Fuck the EU!“). Anlass der Proteste auf dem Maidan und im Westen des Landes war das geplante Assoziationsabkommen mit der EU.

Schon mehrfach habe ich das Assoziationsabkommen der EU mit Syrien verglichen mit dem Assoziationsabkommen, das die ukrainische Regierung unter Janukowitsch am 21. November vergangenen Jahres zunächst auf Eis gelegt hat. Es wurde die „Suspendierung des Vorbereitungsprozesses“ angeordnet, um die „nationalen Sicherheitsinteressen zu wahren und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu beleben und den inneren Markt auf Beziehungen auf gleicher Augenhöhe mit der EU vorzubereiten“.

Das führte zu Protesten. Offenbar versprechen sich viele Ukrainerinnen und Ukrainer vom Abkommen mit der EU eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Sie verkennen dabei, dass die EU sogenannte Handelshemmnisse abschaffen, neoliberale Reformen durchsetzen und privatisieren will, was noch nicht privatisiert ist. Ein Blick nach Rumänien, Bulgarien und Griechenland könnte die Ukrainer lehren, was sie von EU-Regeln zu erwarten haben: Armut und schlimmere Armut.

Die massive Einflussnahme des Westens in die Ukraine hat nicht erst mit dem Euromaidan begonnen. Das geschah schon während der Ereignisse rund um die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004, die in die „Orangefarbene Revolution“ mündeten. Gennadi Sjuganow, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Russlands, berichtete damals: „Ich bin in Kiew gewesen und habe selbst gesehen, dass verschiedene Aktionen der lokalen Opposition die Merkmale derjenigen Gruppierungen tragen, die zu verschiedenen Zeiten versucht hatten, Prag, Budapest und Bukarest zu destabilisieren – die Merkmale der US-Geheimdienste.“ Die US-Stiftung National Endowment for Democracy (NED), schon unter Reagan als antikommunistisches Instrument eingesetzt, schickt Millionen US-Dollar in die Farbrevolutionen. Der vom Westen unterstützte Wiktor Juschtschenko, der damals aus den Neuwahlen gegen Wiktor Janukowitsch als Sieger hervorging, bedankte sich am 9. März 2005 in einer Rede vor dem Bundestag für die deutsche Unterstützung:

Bezüglich eines Assoziierungsabkommens hatten die Ukraine und die EU am 9. September 2008 in Paris zunächst eine Vereinbarung getroffen. Seitdem ist dieses Abkommen nicht mehr aus dem innenpolitischen Streit in der Ukraine herausgekommen. Dieser Streit macht sich an kulturellen, ökonomischen und politischen Gegensätzen fest, deren Wurzeln weit ins vergangene Jahrhundert reichen. Bekanntlich wurde die Westukraine 1918 zum östlichen Teil des wiedererstandenen Polens, das fast zweihundert Jahre nicht existiert hatte, und kam in der Folge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939 wieder zur UdSSR. Der östliche und südliche Teil der Ukraine ist aus historischen, kulturellen und sprachlichen, vor allem aber wirtschaftlichen Gründen mehr mit Russland verbunden. Das ist der Hintergrund für den Konflikt, den wir gegenwärtig in der Ukraine wahrnehmen. Der US- aber auch der die EU-Imperialismus nehmen nach Kräften Einfluss.

Momentan finanziert allein das National Endowment for Democracy (NED) in der Ukraine nach eigenen Angaben 65 unterschiedliche Organisationen, Institutionen und Programme. Die im letzten Jahr analog zum US-Vorbild durch die EU gegründete Stiftung European Endowment for Democracy (EED) fördert seit ein paar Monaten ebenfalls prowestlich orientierte Kräfte in Staaten außerhalb der EU mit Millionenbeträgen. Bereits im April 2013 war in einem Papier des Europaparlaments angekündigt worden, dass die Ukraine „eines der EED-Zielländer“ sein werde. Der Stiftungsrat wird vom CDU-Politiker und Bertelsmann-Manager und –Lobbyisten Elmar Brok geleitet. Um nur wenige, aber bezeichnende Engagements von Brok aufzuzählen: Brok war als Vertreter des Europäischen Parlaments

beteiligt an den Regierungskonferenzen zur Überprüfung des Vertrags von Maastricht (1994/1995), zum Vertrag von Amsterdam (1996/1997), zum Vertrag von Nizza (2000), dem EU-Verfassungsvertrag (2003/2004) sowie zum Vertrag von Lissabon (2007). 2001 bis 2002 war Brok Vorsitzender der EVP-Gruppe im Konvent für die Verfassung der Europäischen Union. So erfahren wir beiläufig, welche Rolle Bertelsmann bei der Ausformulierung des Lissabon-Vertrags spielte.

Ende Januar erklärte Sergej Glasjew, ein Berater Putins: „Wir haben es mit einer zielgebundenen und systematischen Arbeit einer Informations- und Propaganda-Maschine zu tun, die bereits mehr als einen Staat in der Welt zerstört und heute eine explosive Situation in der Ukraine erzeugt hat.“ Er nannte die Zahl von fünf Milliarden US-Dollar allein für Stipendien.

Victoria Nuland, Stellvertreterin des US-Außenministers, tat die Äußerungen Glasjews als „Fantasie“ ab.

Aber auf der „International Business Conference at Ukraine“ in Washington hatte sie am 13. Dezember 2013 selbst gesagt: „Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die Ukrainer darin unterstützt, demokratische Fähigkeiten und Institutionen aufzubauen sowie Bürgerbeteiligung und eine gute Regierungsführung zu fördern – all das sind Voraussetzungen für die Ukraine, damit sie ihre europäischen Bestrebungen erreichen kann. Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine in diesen und anderen Zielen zu unterstützen.“

Die Gegner der Janukowitsch wedelten im Winter auf dem Maidan mit EU-Fahnen. Sie können die weitverbreiteten Illusionen nutzen, die für die Austeritätsfolgen der EU-Politik blind machen.

Am 21. Februar hatten Frankreichs Außenminister Fabius, sein polnischer Kollege Sikorski sowie Steinmeier als Beauftragte der EU eine Vereinbarung mit der ukrainischen Regierung getroffen. Die hoch organisierte und gut bezahlte Protestbewegung auf dem Maidan-Platz in Kiew, unter der Führung der Faschisten von „Swoboda“ und des „Rechten Sektors“, machte die Vereinbarung keine 24 Stunden später mit einem Putsch zunichte.

Schon Anfang Februar hatte die US-Europabeauftragte Victoria Nuland im erwähnten Telefongespräch mit dem US-Botschafter in Kiew die Zusammensetzung des neuen Regimes mitteilen können.

Dann ging es sehr schnell.

Am 21. März konnte der EU-Gipfel den politischen Teil des Assoziationsabkommens mit dem Putschregime abschließen. Darin wird diese auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung („freie Marktwirtschaft“) verpflichtet und ein Dialog vereinbart mit dem Ziel zunehmender Konvergenz von EU und Ukraine in allen politischen Fragen, namentlich „der internationalen Sicherheit und des Krisenmanagements“.

Sie haben es sehr eilig mit der engen Zusammenarbeit in militärischen Fragen. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärt mit Blick auf Russland, die NATO werde ihre „Reaktionsfähigkeit“ verbessern und die bisher noch nie eingesetzte Schnelle Eingreiftruppe in einen Zustand hoher Einsatzbereitschaft versetzen. In Litauen finden Manöver statt, weitere Kampfflieger – auch deutsche - werden ins Baltikum verlegt. Söldnerfirmen agieren in der Ost-Ukraine. Ohnedies gibt es ständig neue militärische Provokationen seitens der NATO. Sie hält Manöver in Litauen ab, stationiert deutsche Kampfflieger im Baltikum, provoziert durch Aktionen nahe der russischen Grenze. Verhandlungen sehen anders aus.

Die Kommunisten sind sich ihres Lebens nicht mehr sicher. Es brennen Gewerkschaftshäuser und Büros der KP. Ihre Abgeordneten werden mit Gewalt aus der Rada ausgeschlossen.

Als eine der ersten Maßnahmen drohte die Putschregierung mit der Abschaffung des Russischen als zweite Amtssprache, in einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung diese Sprache als Muttersprache spricht. Offenbar erstreben nationalistische Kräfte die Teilung des Landes. Sie provozieren den Bürgerkrieg. Die Kiewer Junta setzt skrupellos ihr Militär gegen die Zivilbevölkerung ein.

Wir erkennen das Muster, das schon in Libyen und Syrien Anwendung fand. Der nächste Schritt wäre die vorgeblich humanitäre Intervention imperialistischer Armeen.

Am 26. April meldete die Kölnische Rundschau:

„OSZE-Bus in Ukraine gekapert

Berlin richtet Krisenstab ein

KIEW. Prorussische Aufständische haben gestern in der Ukraine einen Bus mit 13 Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie fünf ukrainische Soldaten in ihre Kontrolle gebracht. Unter den OSZE-Vertretern sind laut Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vier Deutsche - drei Soldaten und ein Dolmetscher. Die Aufständischen würden verlangen, mit den ‚zuständigen Behörden der Russischen Föderation‘ zu sprechen, so das Innenministerium in Kiew. Das Auswärtige Amt in Berlin richtete einen Krisenstab ein.“

„Die westlichen Staats- und Regierungschefs drohen Moskau mit neuen Sanktionen. Derweil senkte die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit Moskaus.“

Nach wenigen Tagen stellt sich heraus: die vier angeblichen OSZE-Beobachter sind vier Offiziere einer Bundeswehrdienststelle mit dem schönen Namen: „Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw)“ aus Geilenkirchen. Zudem berichtete die Süddeutsche Zeitung am vergangenen Montag (5. Mai) von einer geheimen Außenstelle des BND am Standort Geilenkirchen. Frau von der Leyen hatte jede Spionagetätigkeit rundweg geleugnet. Alle Medien übernahmen die Falschmeldungen.

Am Freitag, den 2. Mai brannte das Gewerkschaftshaus in Odessa. Mindesten 46 Menschen wurden dabei umgebracht. Die „junge Welt“ berichtete am 5. Mai aus Odessa (kurzgefasst):

Aus Anlass eines Fußballspiels hatten sich unter die rechtsradikalen Fangruppen Kampfgruppen ukrainischer Nationalisten gemischt, die mit Bussen aus verschiedenen Städten nach Odessa gebracht worden waren. Sie waren gut ausgerüstet mit Schildern, Helmen, Knüppeln, Luft- und Infanteriewaffen. Einige Schilder waren mit „14. Hundertschaft der Selbstverteidigung“ beschriftet. Just diese Faschisten bildeten die Kerngruppe des blutigen Überfalls auf Bürger von Odessa am Kulikowo Polje. Hier befand sich eine Zeltlager von Gegnern der Kiewer Junta, außerdem Aktivisten von Borotba, einer linken Organisation. Zur Hälfte waren hier Frauen und ältere Männer. Die Faschisten bewarfen das Zeltlager mit Molotow-Cocktails. Die Angegriffenen flüchteten ins Gewerkschaftshaus, die Faschisten setzten dessen Erdgeschoss in Brand. Das Feuer breitete sich rasch aus und zwang die Menschen, aus den oberen Fenstern zu springen. Am Boden prügelten die Faschisten auf sie ein. Andrej Brazewski, ein Genosse von Borotba, kam auf diese Weise ums Leben. Viehisch misshandelt wurde auch Wjatscheslaw Markin, ein anderer Genosse. In einer Erklärung stellt Borotba fest, dass das Blutbad in Odessa von der Kiewer Junta mit dem Ziel organisiert wurde, die mit dem neuen Regime unzufriedene Bevölkerung einzuschüchtern. Es ging ihr um die aktiven Kämpfer gegen die Junta. Davon zeugten sowohl die gute Vorbereitung der angereisten Kämpfer, die völlige Passivität der Polizei als auch die Tatsache, dass der Überfall der Ultrarechten in Odessa zeitlich mit dem „Antiterrorereinsatz“ in Slowjansk zusammenfiel. Die Kiewer Junta hat Kurs auf die physische Vernichtung ihrer politischen Gegner genommen. Als Werkzeug dieses Feldzugs dienen ultrarechte Kämpfer, die im engen

Kontakt mit den Geheimdiensten stehen und von der Oligarchie gut bewaffnet und großzügig finanziert werden.

Dieses Ereignis fand in unseren Medien ganz anders statt. In der ukrainischen Metropole sei das Gewerkschaftshaus „in Brand geraten“. Es war „eine Katastrophe“, deren Urheber noch nicht bekannt wären, hieß es unmittelbar nach der Brandschatzung am 2. Mai übereinstimmend. Auf Fotos internationaler Presseagenturen waren zwar die Anhänger der Kiewer Putschisten zu erkennen, wie sie den im Gewerkschaftshaus Eingeschlossenen Brandsätze hinterherwerfen. Dennoch übernahmen maßgebliche deutsche Medien mehrfach Lügenberichte ukrainischer Geheimdienstorganisationen, wonach für die Verbrechen „Moskau“ verantwortlich sei. Die Ermordeten gehörten einer Demonstrantengruppe an, die regionale Autonomie verlangte.

Wie es in der Tagesschau am Samstagabend über die Ereignisse in Odessa hieß, „geriet ein Gebäude der Gewerkschaft in Brand“. Es wurde eingeräumt, daß eventuelle „Unbekannte“ ein Feuer gelegt hätten, die näheren Umstände seien unbekannt. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier lamentierte allgemein über die „Brandkatastrophe“. Von den politisch Verantwortlichen „auf beiden Seiten“ sei zu fordern, jetzt dürfe „nicht noch mehr Öl ins Feuer gegossen werden“. Von Faschisten, mit denen er in Kiew noch vor einigen Wochen verhandelt hat, ist ohnehin nie die Rede.

Auch über die Rhetorik von Julia Timoschenko wird geschwiegen. Die frühere „Gasprinzessin“ wertet das Verbrennen von Menschen in Odessa als „Schutz von Verwaltungsgebäuden“ und nennt die Brandstifter aus dem Maidan-Lager „friedliche Demonstranten“. Die ukrainischen Medien melden freudig das „Ausräuchern“ von „Terroristen“ durch „Patrioten“.

Es fällt die Sprachregelung bei den deutschen Medien auf. Die politischen Gegner der Kiewer Junta werden generell als „prorussische Separatisten“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um die politische Opposition gegen eine Regierung, die putschartig die Macht an sich gerissen hat und von Faschisten, namentlich im Apparat der Geheimdienste und der Polizei, durchgesetzt ist. Tatsächlich ist die überwiegende Stimmung in der Ostukraine nicht auf eine Sezession gerichtet. Das kann sich aber mit der Verschärfung der militärischen Lage ändern, denn auch in anderen Städten gehen Kräfte, die unmittelbar vom Maidan hierher geschickt wurden, ebenso wie die neu gebildete, vorwiegend von Faschisten gestellte Nationalgarde militärisch gegen die Protestierer vor. Wir haben alle noch die Bilder von Panzern, die gegen Zivilisten eingesetzt werden, vor Augen.

Angesichts der Berichte über die Ereignisse in der Ukraine, die seit einigen Wochen die Medien beherrschen und es ihnen leicht machen, dem Publikum Nachrichten von heftigen sozialen Auseinandersetzungen im übrigen Europa, etwa in Spanien, vorzuenthalten, ist die Bevölkerung unseres Landes tief beunruhigt. Sie ahnt die Kriegsgefahr. Neuerdings versucht eine gut organisierte Gruppe, sich der Friedenssehnsucht zu bemächtigen. Am Sonntag vor einer Woche (4. Mai) befasste sich der Bundesausschuss Friedensratschlag im Rahmen der Auswertung der Ostermärsche mit derartigen Aktivitäten.

In einigen Städten war die Anzahl der Teilnehmer an den Friedensbewegung 2014, wie sie sich harmlos nennt, höher als an den Ostermärschen. Die Aussagen der Redner waren nicht immer so harmlos, nahmen die FED in den Focus, leugneten den Unterschied von links und rechts, ließen beispielsweise in Berlin zu, dass der örtliche NPD-Vorsitzende dabei war. Protagonisten sind solche Querfrontler mit guten Beziehungen zum Inlandsgeheimdienst wie Jürgen Elsässer. Offenkundig will sich die Rechte nach den sozialen Fragen, die schon einige Neonazi-Gruppen demagogisch in Anspruch nehmen, noch des Friedensthemas bemächtigen.

Die wachsende Kriegsgefahr erfordert aber, dass wir - wie die Linke insgesamt – über sie aufklären und gegen sie mobilisieren.

Ein Anfang waren die Aktionen an und um den 8. Mai herum. Der Friedensratschlag hat sich dazu mit einem guten Aufruf geäußert. Die Friedensbewegung wird für den 31. Mai auf dezentrale Aktivitäten orientieren.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Wir sind mit den Kommunisten, den antifaschistischen und Friedenskräften in der Ukraine solidarisch und organisieren diese Solidarität. Schluss mit den Morden! Und Schluss mit der Kriegshetze!

Keine Zusammenarbeit mit faschistischen Kräften! Bundeswehr und NATO raus aus der Ukraine, keine militärische Zusammenarbeit mit der Kiewer Junta!

NATO zurück! Hände weg von der Ukraine! Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation!

*Klaus*